

Winfried Weck **Präsident-  
schafts- und  
Kongresswahlen  
in Peru**

**Das Ende eines Wahlmarathons**

Im dritten Anlauf nach 1995 und 2000 hat Alejandro Toledo Manrique es endlich geschafft: Der promovierte Stanford-Wirtschaftswissenschaftler besiegte in der von der Weltöffentlichkeit mit Spannung verfolgten Stichwahl vom 3. Juni um das höchste Staatsamt Perus knapp seinen Mitbewerber Alan García Pérez. Am 11. Juli verkündete die Nationale Wahlbehörde ONPE das amtliche Endergebnis. Insgesamt hatten 12 128 969 Wähler ihre Stimmen wie folgt abgegeben:

Kandidaten	absolute Stimmen	in %	gültig in %
Alejandro Toledo	5 548 556 Stimmen	45,75	53,08
Alan García	4 904 929 Stimmen	40,44	46,92
Ungültig	1 341 938 Stimmen	11,06	0
Enthaltungen	333 546 Stimmen	2,75	0 <sup>1)</sup>

Mit diesem Wahlergebnis hat sich nun der ehrgeizige Traum Toledos erfüllt, demokratisch gewählter Präsident „aller Peruaner, gleich welcher Hautfarbe“ zu sein. Der Wahlverlierer, der Sozialist García, der Peru bereits von 1985 bis 1990 regiert und sein Land in die bis dato schwerste wirtschaftliche Krise gestürzt hatte, aber im jetzigen Wahlkampf überraschend viele Peruaner für sich begeistern konnte, sicherte Toledo umgehend seine volle Unterstützung für die anstehenden Aufgaben zu. Die Resonanz der peruanischen Öffentlichkeit auf den Wahlsieg Toledos war mehrheitlich positiv, verbindet sich doch mit ihm die Hoffnung vor allem der vielen Armen im Land auf eine Lösung der drängendsten Probleme

**Der Triumph Alejandro Toledos war keineswegs vorauszusehen, als er vor zwei Jahren gegen den damaligen Diktator Fujimori antrat, von diesem aber im April 2000 auf den zweiten Platz verwiesen wurde. Trotz dieser Niederlage setzte Toledo seine Opposition gegen Fujimori fort und versuchte, auch im Ausland den Druck gegen die Machtclique um den Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos zu verstärken. In den ersten demokratischen Wahlen Perus seit der Wahl Fujimoris im Jahre 1990 bewarb er sich am 8. April 2001 um die Wählergunst, wengleich ihm mit Lourdes Flores von der Mitte-Rechts-Allianz Unidad Nacional und besonders Alan García von der sozialistischen APRA binnen kurzem eine ernstzunehmende Konkurrenz erwuchs. Letztlich konnte in diesem Politikrimi aber doch Toledo mehr Massen überzeugen, nachdem er noch in den letzten Tagen vor der Stichwahl mit Blick auf den exzellenten Redner García verkündet hatte: „Ich rede nicht schön, aber ich bin ein ehrenhafter Politiker.“ Die nächsten Monate und Jahre werden zeigen, ob Toledo zu seinem Wort steht.**

1) Enthaltungen und ungültige Stimmen fließen nicht in die Ermittlung des Endergebnisses ein.

wie Arbeitslosigkeit, Bildungsmisere und Zentralismus. Und auch seine politischen Gegner würdigten seinen engagierten Kampf in der Opposition gegen Fujimori und dessen Regime.

Mit dem Sieg Toledos und den Freudenkundungen von Tausenden seiner Anhänger im Zentrum Limas und den Provinzen ging ein Wahlmarathon zu Ende, der nicht zuletzt auch den Sieg der Demokratie in Peru markiert hat. Denn die Übergangsregierung Paniagua, die seit dem Rücktritt Fujimoris am 19. November 2000 souverän und weithin respektiert in der politischen Verantwortung gestanden hat, hat nie einen Zweifel an einer ihrer wichtigsten Zielvorgaben gelassen: die Bedingungen für demokratische, transparente Wahlen zu schaffen. So war etwa die Aufklärungskampagne, die die knapp 15 Millionen Wahlpflichtigen und die rund 540 000 Wahlhelfer auf den Wahltermin vorbereitete und über Rechte und Pflichten informierte, vorbildlich und effizient. Ohne größere Probleme verliefen bereits die Präsidentschafts- und Kongresswahlen vom 8. April, deren amtliches Endergebnis die Nationale Wahlbehörde ONPE nur deswegen erst sieben Wochen später verkündete, weil jedes einzelne Verdachtsmoment von Wahlunregelmäßigkeiten genauestens untersucht worden war.

Auch bei der Stichwahl vom 3. Juni, die nötig geworden war, weil keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit auf sich vereinigt hatte, war die ONPE über jeden Zweifel erhaben. Die vielen internationalen Beobachter, unter ihnen auch die ehemalige amerikanische Außenministerin Madeleine Albright, die für die Carter-Foundation eigens zur Stichwahl angereist war, konnten sich auch von der organisatorisch-logistischen Leistung der Wahlbehörde überzeugen, die die Auszählung der rund 90 000 Wahlurnen mit Hilfe von 58 dezentral verteilten Rechenzentren und rund 15 000 Mitarbeitern im ganzen Land vorbildlich durchführte. Eduardo Stein, Chef der Beobachtermission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), bescheinigte noch am Wahlabend „absolut korrekte Wahlen“ und unterstrich damit einmal mehr, dass der Sieg Toledo auch einen Triumph der demokratischen Kräfte nach den Jahren des autoritären Fujimori-Regimes darstellt.

## ■ Spannende Wochen nach dem ersten Wahlgang

Die Ende April durchgeführten Umfragen, die im Trend von allen Meinungsforschungsinstituten bestätigt wurden, zeigten deutlich, wie groß das Lager derjenigen Bürger gewesen ist, die zwar wählen mussten,<sup>2)</sup> jedoch die Wahl zwischen dem Populisten Toledo, dessen politische Reputation und persönliche Integrität durch das Bekanntwerden immer neuer Skandale aus seinem Privatleben mehr als nur angekratzt war, und dem ehemaligen Staatsschef García, der bereits einmal das Land souverän in den wirtschaftlichen Ruin geführt hatte, nicht wirklich goutierten (d.h. schlicht Angst vor dieser Alternativen hatten): Alejandro Toledo lag mit 55 bis 59 Prozent klar vor Alan García, der zwischen 41 und 45 Prozent der gültigen (!) Stimmen erzielt hätte. Dieses „bereinigte“ und eigentlich recht klare Ergebnis wurde um einige interessante Nuancen bereichert, wenn man die „unbereinigten“ Zahlen betrachtete. Hier kam Toledo mit 35 bis 37 Prozent immer noch nicht über seine bereits im ersten Wahlgang erzielten 36 Prozent hinaus, während García einige wenige Prozentpunkte gutmachte und sich mit ca. 30 bis 32 Prozent an Toledos Fersen heftete. Am wichtigsten war folgende Zahl: 21 bis 24 Prozent aller Wahlpflichtigen wollten weiße, also nicht ausgefüllte Stimmzettel abgeben, und etwa zehn Prozent waren noch unentschieden.

Um die Tragweite dieser Umfrageergebnisse zum damaligen Zeitpunkt voll zu erfassen, muss an dieser Stelle das peruanische Wahlgesetz erwähnt werden, das in Paragraph 365 auf der Basis des Verfassungsartikels 184 vorschreibt, dass jede öffentliche Wahl (gleichgültig welcher Art) annulliert wird, wenn die Anzahl weißer und/oder ungültiger Stimmzettel mindestens zwei Dritteln der gültigen Stimmen entspricht.<sup>3)</sup> Findige Rechner hatten bereits kalkuliert, dass unter Heranziehung der Ergebnisse des ersten Wahlgangs diese dritte Alternative durchaus im Bereich des Möglichen lag: Im ersten Wahlgang erzielten Toledo und García zusammen etwa 6,7 Millionen gültige Stimmen. Setzte man diesen die 1,6 Millionen ungültigen und weißen Stimmen (immerhin zwölf Prozent schon im ersten Wahlgang!) sowie die Stimmen anderer Kandidaten wie Lourdes Flores

2) In Peru herrscht Wahlpflicht zwischen dem 18. und dem 70. Lebensjahr.

3) Der Verfassungsartikel 184 wiederum spricht von zwei Dritteln aller abgegebenen Stimmen. Diese Definition setzte sich letztlich bei der Mehrheit der Verfassungsrechtler wie auch in der Bevölkerung durch.

(2,6 Millionen) und Fernando Olivera (1,1 Millionen) entgegen, so stellten diese 5,3 Millionen Stimmen zusammen knapp 80 Prozent der 6,7 Millionen Toledo-García-Stimmen und damit weitaus mehr als die benötigten 66,6 Prozent (zwei Drittel) dar.

Kein Wunder also, dass in den letzten Apriltagen eine „Weiße-Stimmen-Kampagne“ ihren Anfang nahm, initiiert vom angesehenen TV-Journalisten Jaime Bayly und dem Schriftsteller Álvaro Vargas Llosa (Sohn des weltbekannten Mario Vargas Llosa), beide ehemals Anhänger und enge Vertraute Alejandro Toledos, die sich nun öffentlich von ihm losgesagt hatten und ihm unseriöse Machenschaften und persönliche Verfehlungen vorwarfen. Allen Umfragen zufolge stellte für viele Wähler dieser dritte Weg bis kurz vor den Stichwahlen die einzige legale Alternative dar, das von ihnen befürchtete drohende wirtschaftliche Chaos in irgendeiner Form abzuwenden. Doch letztlich überzeugten die vielfachen Appelle in- und ausländischer Politiker (auch der unterlegenen Kandidaten aus dem ersten Wahlgang), dass der Demokratie in Peru mit einer möglichen Annullierung des gesamten Wahlprozesses in keiner Weise gedient sei. Der Anteil der ungültigen Stimmen und der Enthaltungen lag mit 13,81 Prozent nur geringfügig höher als im ersten Wahlgang.

### ■ Die Präsidentschafts- und Kongresswahlen vom 8. April 2001

Die Unterschiede zwischen den Wahlen 2001 und denen vom Vorjahr hätten größer nicht sein können. War es damals noch darum gegangen, den Antagonismus zwischen dem *oficialismo* eines Alberto Fujimori und seines Drahtziehers im Hintergrund, Vladimiro Montesinos, auf der einen und einer einzig in ihrem Kampf gegen die Regierung geeinten Opposition auf der anderen Seite zum Ausdruck zu bringen, spielte diese vormals alles dominierende Bipolarität im Wahlprozess 2001 keine Rolle mehr. Stattdessen demonstrierte die ehemalige Opposition mit anfangs 16 Präsidentschaftskandidaten in eindringlicher Weise, wie pluralistisch bzw. wie gespalten sie von Natur aus gewesen war. Ein zweiter, wesentlicher Unterschied zum Vorjahr bestand in der Häufigkeit des Auftretens des Begriffs *fraude* (Betrug): Dieses wohl

meist verwendete Schlagwort der Wahlen 2000 fand ein Jahre später keine Verwendung mehr: ein klarer Sieg der peruanischen Demokratie!

*Folgende Gruppierungen und Kandidaten standen zur Wahl:*

Perú Posible (PP, Peru ist möglich) mit Alejandro Toledo

Alejandro Toledo (55) hatte bereits im vergangenen Jahr durch seine Kandidatur gegen Alberto Fujimori international für Furore gesorgt und galt seitdem als die Personifizierung des politischen Widerstands gegen das Regime Fujimori. Vor seiner politischen Laufbahn hat der in Stanford graduierte Wirtschaftswissenschaftler als Berater der Vereinten Nationen, der Weltbank und der OECD in Paris gearbeitet und war Dozent an verschiedenen Universitäten sowie Gastforscher in Harvard. Sein großes Thema ist die Armutsbekämpfung, für die er sich auf seiner Wahlkampf tour durch Peru immer wieder eingesetzt hat, so dass er zur Hoffnung vieler seiner Landsleute geworden ist. Das „T“ von Toledo, das er zusammen mit einer stilisierten Figur der Inka-Mythologie als Parteilogo und Metapher für *trabajo* (Arbeit) nutzt, ist Anker seines Programms, weil er neben der Mehrinvestition in Volksgesundheit, Ernährung und Bildung auch die Schaffung von 400000 neuen Arbeitsplätzen versprochen hat. Sein Wahlslogan *más trabajo* (mehr Arbeit) war daher ebenso einfach wie einprägsam.

Toledo selbst stammt aus ärmsten Verhältnissen, wuchs zusammen mit 14 Geschwistern in einem Andendorf auf und arbeitete in seiner Jugend als Schuhputzer. Vor allem bei der armen Bevölkerung seiner Heimat, der nördlichen Andenregion Perus, genießt er starken Rückhalt. Seine hohen Sympathiewerte verdankt er nicht zuletzt auch seiner aus Belgien stammenden Frau Eliane Karp, einer Anthropologin, die viele Jahre in Entwicklungsprogrammen der Weltbank und der Vereinten Nationen in Zentral- und Südamerika tätig war und als begabte Rednerin den Wahlkampf ihres Mannes aktiv unterstützt hat.

Toledos Bewegung Perú Posible gewann bei den Kongresswahlen im Vorjahr 29 von 120 Sitzen, musste jedoch zehn Überläufer (*transfugas*) zu den Bän-

ken der Regierungsbewegungen *Cambio 90* – *Nueva Mayoría* (Wechsel 90 – Neue Mehrheit) und *Vamos Vecino* (Auf geht's, Nachbar) verkraften. Nach Aussagen aus den eigenen Reihen wurden die vergangenen zwölf Monate genutzt, um aus der Bewegung eine flächendeckende und schlagkräftige Partei zu formen. Es ist jedoch fraglich, ob Perú Posible dieser Charakterisierung tatsächlich schon gerecht wird. Zudem wird nach informierten Kreisen ein interner Richtungskampf erwartet, da bis jetzt keine klare programmatische Präferenz erkennbar ist, die politische Herkunft ihrer wichtigsten Protagonisten als stark heterogen bezeichnet werden muss und diese wiederum taktisch geschickt die möglicherweise bevorstehende innerparteiliche Zerreißprobe auf einen Zeitpunkt nach dem Wahlsieg und der Regierungsübernahme verschieben konnten. Von Perú Posible derzeit als einer Mitte-Links-Partei zu sprechen, ist daher ebenso übereilt wie der Versuch, sie dem Mitte-Rechts- oder dem neoliberalen Lager zuzuordnen.

#### Unidad Nacional (UN, Nationale Einheit) mit Lourdes Flores Nano

Die aus Lima stammende ledige Christdemokratin Lourdes Flores Nano (41) galt über Wochen hinweg als die grosse Überraschung dieser Präsidentschaftswahlen. Bezeichnenderweise war sie die einzige Frau unter den anfangs 17, am Wahlsonntag nur noch acht Bewerbern um das höchste Staatsamt. Mit 18 Jahren engagierte sie sich bereits in der Christlichen Volkspartei, studierte Zivil- und Handelsrecht an der Katholischen Universität in Lima und promovierte an der Alcalá-Universität in Madrid. Als erfolgreiche Anwältin mit eigener Kanzlei und Lehraufträgen an verschiedenen Hochschulen wurde sie 1990 in den Kongress gewählt, wo sie in zehn Jahren Oppositionsarbeit durch ihre Eloquenz und ihr offenes, geradliniges Wesen ein hohes Maß an Sympathie und Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht hat. Ihr internationaler Bekanntheitsgrad mag vielleicht nicht so hoch sein wie der Toledos, doch in der lateinamerikanischen und europäischen politischen Szene ist der Name der Vizepräsidentin der Organisation der Christdemokraten Amerikas (ODCA) schon seit langem ein Begriff.

Den Kern ihrer Wahlallianz Unidad Nacional bildete ohne Zweifel die Christliche Volkspartei PPC, die auch das Gros der Wahlhelfer sowie der gesamten Organisationsstruktur dieser Allianz sowohl in Lima als auch in den Provinzen stellte. Der Kreis um den Kongressabgeordneten Rafael Rey Rey, der als einer der wichtigsten weltlichen Vertreter des in Peru mächtigen Opus Dei gilt, sowie der sozialistische Gewerkschaftsführer José Risco und seine Anhänger vervollständigten die schon seit ihrer Gründung politisch stark heterogene Allianz. Im Verlauf des Wahlkampfes stiess Luis Castañeda Lossio mit seiner Bewegung Solidaridad Nacional zur UN. Castañeda hatte bereits im Vorjahr kandidiert (zeitweilig wurde er damals als der aussichtsreichste Herausforderer Fujimoris gehandelt; mit einer erfolgreichen Schmutzkampagne der vom Geheimdienst abhängigen Yellowpress wurde Castañedas Ruf zerstört, und dies ermöglichte den Aufstieg Toledos) und zog Mitte Februar seine Bewerbung um das Präsidentenamt zurück.

Partido Aprista Peruano (APRA, Alianza Popular Revolucionaria Americana) mit Alan García

Alan García Pérez (52) war und ist die eigentliche Sensation dieser Wahlen: Am 21. Januar dieses Jahres kehrte der Staatspräsident der Jahre 1985 bis 1990 aus seinem Exil in Kolumbien unter großem Jubel seiner Anhänger nach Lima zurück, um sich zum zweiten Mal um das Präsidentenamt zu bewerben. Mit 17 Jahren bereits, als er an der Katholischen Universität sowie an der Universität San Marcos in Lima Rechtswissenschaften studierte, engagierte er sich in der sozialistischen APRA. 1978 wurde er als jüngstes Mitglied in die Nationalversammlung gewählt und übernahm kurz darauf das Amt des Generalsekretärs seiner Partei (was im sozialistischen Sprachgebrauch dem des Parteivorsitzenden entspricht). Mit großen Hoffnungen vor allem der armen Bevölkerung wurde 1985 der damals 36-jährige, charismatische García zum Staatspräsidenten gewählt. Eine linientreue sozialistische Wirtschaftspolitik, die dem Land, das zudem seine internationale Kreditwürdigkeit verlor, eine akkumulierte Inflation von zwei Millionen Prozent und den finanziellen Ruin bescherte, sowie das Fiasko des nahezu flächendeckenden Ter-

rorismus des Sendero Luminoso und der MRTA führten dazu, dass sowohl in der nationalen Bewertung als auch in der internationalen Perzeption die Regierung García die denkbar schlechtesten Noten erhielt. Dies hielt einzig die Sozialistische Internationale nicht davon ab, ihm die Ehrenpräsidentschaft der Organisation anzutragen. Nach dem *autogolpe* Alberto Fujimoris 1992 war García gezwungen, das Land zu verlassen, um einer drohenden Verhaftung und Anklage wegen staatlichen Missmanagements zu entgehen.

Die APRA selbst genoss nach diesem Regierungsdesaster nur noch in ihren traditionellen Hochburgen wie der nordperuanischen Küstenstadt Trujillo einiges Ansehen. Ihre verhängnisvolle Verstaatlichungspolitik, die Unfähigkeit, Terrorismus, Drogenhandel und Staatskorruption in den Griff zu bekommen und die daraus resultierende, heute noch spürbare wirtschaftliche Misere des Landes wurde ihr während der gesamten Fujimori-Ära von der großen Mehrheit der Peruaner vorgeworfen, so dass sie sich bei den Kongresswahlen stets mit einstelligen Ergebnissen zufrieden geben musste.

Frente Independiente Moralizador (FIM, Unabhängige moralische Front) mit Fernando Olivera

Die seit 1990 existierende Bewegung FIM war im vergangenen Jahr die einzige Bewegung, die ohne einen Präsidentschaftskandidaten ins Rennen um die 120 Kongresssitze gegangen war. Damals konnte sich ihr Gründer und Vorsitzender, der Kongressabgeordnete Fernando Olivera (42), der bereits 1985 als Abgeordneter des christdemokratischen PPC dem Kongress angehört hatte, nicht zu einer Kandidatur entscheiden. Bekannt wurde Olivera als Staatsanwalt, der mit den Untersuchungen gegen die Regierung Alan García beauftragt worden war. Am 14. September des vergangenen Jahres trat Olivera mit dem ersten Montesinos-Korruptionsvideo, das ihm aus Geheimdienstkreisen zugespielt worden war, ins Rampenlicht der Medien und initiierte damit letztlich den zwei Monate später erfolgenden Sturz des Fujimori-Regimes, was ihn damals über Nacht zu einem der populärsten Politiker machte und durchaus für das höchste Staatsamt qualifizierte.

## ■ Sonstige

Neben diesen wichtigsten Kandidaten und Bewegungen stellten sich noch eine Reihe weiterer Gruppierungen zur Wahl. Als interessante Figur im Wettbewerb um die Präsidentschaft sei an dieser Stelle noch der ehemalige zweifache Wirtschaftsminister unter Fujimori, Carlos Boloña, genannt, der als einziger Vertreter des ehemaligen *oficialismo* ins Rennen gegangen war. Ihn unterstützte die neu ins Leben gerufene Bewegung Solución Popular (SP, Volksentscheidung), die sich aus Getreuen der ehemaligen Regierung zusammensetzt. Neben dieser Gruppierung trat auch die alte Bewegung Alberto Fujimoris, Cambio 90 – Nueva Mayoría (C90-NM, Wechsel 90 – Neue Mehrheit) erneut bei den Kongresswahlen an. Auch die national-liberale Traditionspartei Acción Popular (AP, Volksaktion) des amtierenden Staatspräsidenten Valentín Paniagua sowie die 1995 um den damaligen Fujimori-Herausforderer und gegenwärtigen Außenminister Javier Pérez de Cuelar gegründete Unión por el Perú (UPP, Union für Peru) bewarben sich um Sitze im Kongress, ohne dabei jedoch eigene Präsidentschaftskandidaten zu offerieren.

### *Die politische Entwicklung bis zum ersten Wahlgang*

Vom Beginn dieses Jahres an stand das politische Leben Perus ganz im Zeichen der Wahlen am 8. April. Ende Januar begannen sich vier aussichtsreiche Bewerber um das höchste Staatsamt von den restlichen 13 Konkurrenten abzusetzen: Alejandro Toledo, Alan García, Fernando Olivera und Lourdes Flores Nano. Unsicherheit bestand eigentlich nur noch in der Frage, welcher der drei letztgenannten Kandidaten, die in den Januar-Umfragen alle bei 12 bis 15 Prozent landeten, in der Stichwahl gegen den mit weitem Abstand führenden Alejandro Toledo antreten würde.

Vier Wochen später prognostizierte eine von der bekannten und angesehenen Universität Lima durchgeführte und am 16. Februar veröffentlichte landesweite Meinungsumfrage ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen Toledo (27,3 Prozent) und Lourdes Flores (23,2 Prozent)! García und Olivera mussten sich mit 12,9 bzw. 7,6 Prozent zufrieden geben. Die eigentliche Überraschung aber lag in der Antwort auf die

Frage, wie die einzelnen Kandidaten gegen Toledo im zweiten Wahlgang abschneiden würden: Hier gewann einzig Lourdes Flores mit 45,6 Prozent gegen Toledo mit 41 Prozent (im Vergleich die anderen Paarungen: Toledo 53,4 Prozent, García 22,5 Prozent; Toledo 48,6 Prozent, Olivera 31,2 Prozent). Am 17. und 18. Februar wurden diese Ergebnisse von fünf weiteren Umfrageinstituten, die allerdings nicht mit den gleichen umfangreichen Datenmengen arbeiten wie die Universität Lima, weitestgehend bestätigt. Zum damaligen Zeitpunkt – fünf Wochen vor den Wahlen – hätte der neue Staatspräsident Perus also nicht Alejandro Toledo, sondern Dr. Lourdes Flores Nano geheißen. Die 41-jährige ledige Anwältin, deren Christliche Volkspartei PPC bei den Kongresswahlen im Vorjahr nicht einmal antreten konnte, weil sie die notwendigen 450 000 Unterschriften für die Eintragung ins nationale Wahlregister nicht zusammengebracht hatte, wäre damit als erste gewählte Staatspräsidentin eines südamerikanischen Landes überhaupt in die Geschichte Amerikas eingegangen. Diese Perspektive des Zweikampfes zwischen Toledo und Flores verfestigte sich zusehends, nicht zuletzt in der Perzeption der peruanischen Bevölkerung.

Mit diesen Entwicklungen ging zugleich ein Qualitätsverlust des Wahlkampfstils, insbesondere der einzelnen Kandidaten untereinander einher. Inhaltliche Aussagen und der Wettstreit politischer Konzeptionen wichen gegenseitigen Beschuldigungen und persönlichen Angriffen. Ein wichtiger Streitpunkt und auch Unsicherheitsfaktor stellten in diesem Zusammenhang die sogenannten *Vladivideos* dar, die über 2000 Videocassetten also, die in den Geheimdienst-Archiven des ehemaligen engsten Präsidentenberaters Vladimiro Montesinos sichergestellt worden waren und eine noch nicht bekannten Zahl von Personen des öffentlichen Lebens kompromittieren, da bis zum heutigen Tag erst ein Bruchteil dieser Videoaufzeichnungen veröffentlicht worden ist. Nachdem es im Januar und Februar zu überraschenden Veröffentlichungen von Gesprächsmitschnitten zwischen Montesinos und zum Teil als höchst integer geltenden Politikern gekommen war, hatte das ohnehin tiefe Misstrauen der Bevölkerung in das gesamte politische Establishment einen nochmaligen

Wachstumsschub erhalten: Den Politikern der früheren Regierungsbewegungen wurde nicht mehr getraut, weil auch viele, von denen man es nicht angenommen hatte, in dunkle Geschäften verstrickt waren oder sich für die üblen Machenschaften eines Montesinos hergegeben hatten. Und den exponierten Vertretern der ehemaligen Opposition wurde ebenfalls nicht mehr vertraut, weil von diesen sich viele schlichtweg als käuflich erwiesen hatten, statt den ethischen Grundsätzen zu folgen, die sie lauthals propagierten. So blieb auch keiner der vier aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten mittelbar von den Folgen eines Vladivideos verschont, denn „Verräter“ und Überläufer fanden sich in allen politischen Lagern. Und in einer derartig vergifteten Atmosphäre sahen einige Kandidaten ihre beste Verteidigungsstrategie darin, die anderen Kandidaten möglichst weitgehend in den Verdacht einer wie auch immer gearteten Montesinos-Nähe zu bringen. Einzig bei Alan García, dem Feindsymbol des Fujimori-Regimes, konnte der Wähler so gut wie sicher sein, dass er auf keinem Video erscheinen würde, zumal er sich ja ab 1993 im Ausland aufgehalten hatte.

Der erneute Stimmungsumschwung zeichnete sich dann auch erst wenige Tage vor dem Wahltermin ab, als Alan García sich immer weiter an Lourdes Flores heranarbeitete und einige Umfragen ihr nur noch einen hauchdünnen Vorsprung von einem Prozent einräumten. Dennoch: Niemand glaubte ernsthaft an die Möglichkeit einer Wiederkehr des 1990 mit Schimpf und Schande aus dem Präsidentenamt geschiedenen Sozialisten García. Die Entscheidung der rund 15 Millionen peruanischen Wahlpflichtigen fiel dann auch zwar knapp, aber dennoch deutlich genug aus. Insgesamt stimmten laut dem am 21. Mai veröffentlichten amtlichen Endergebnis 12 264 369 Wähler wie folgt ab:

Kandidaten	absolute Stimmen	in %
Alejandro Toledo	3871 167 Stimmen	36,5
Alan García	2732857 Stimmen	25,8
Lourdes Flores	2576653 Stimmen	24,3
Fernando Olivera	1044207 Stimmen	9,9
Carlos Boloña	179243 Stimmen	1,7
sonstige	197593 Stimmen	1,8
Ungültig	402436 Stimmen	
Enthaltungen	1 260 193 Stimmen <sup>4)</sup>	

4) Die ungültigen Stimmen und Enthaltungen werden in der prozentualen Verteilung nicht berücksichtigt.

Doch hatte das Ergebnis dieses ersten Wahlgangs auch zumindest eine positive Entwicklung gezeitigt: Aufgrund der allgemeinen Ratlosigkeit und sogar Furcht hinsichtlich der Frage, welche der künftigen Wirtschaftspolitiken sich nun ruinöser auf das Land und seine Menschen auswirken würde, standen erstmals seit Beginn des Wahlprozesses die jeweiligen Regierungsprogramme von APRA und Perú Posible im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit, wenn sich dieses auch auf die Wirtschaftsentwürfe in den beiden Programmen konzentrierte. Dieses neu erwachte Interesse ging zudem weit über die Grenzen Perus hinaus, denn gerade die internationale Gebergemeinschaft und ihre Institutionen Weltbank, Internationaler Währungsfonds und Interamerikanische Entwicklungsbank hatten mit Alan García Ende der achtziger Jahre die denkbar schlechtesten Erfahrungen gemacht und waren besonders daran interessiert zu erfahren, ob García tatsächlich einen wirtschaftspolitischen Läuterungs- und Lernprozess durchgemacht habe – wie er selbst nicht müde wird zu behaupten – und sich wirklich dem sogenannten Dritten Weg der modernen Sozialdemokratie eines Bill Clinton oder Tony Blair verschrieben habe.

#### *Regierungsprogramm APRA*

Zumindest was die APRA in Wahlkampfzeiten lautstark als Regierungsprogramm verkündete, hörte sich für weite Teile besonders der armen Bevölkerung erstrebenswert an. So sollten in den kommenden Jahren eine halbe Million Arbeitsplätze geschaffen werden, davon jeweils 150 000 im Agrarsektor und in der Industrie sowie je 100 000 im Tourismus und im Bauwesen. Im Kampf gegen die Armut<sup>5)</sup> setzte die APRA auf die Ausweitung und Dezentralisierung von Sozialprogrammen wie dem staatlichen (kostenlosen) Bildungs- und Gesundheitswesen wie auch den sozialen Sicherungssystemen. Die Aussagen im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik hinterließen jedoch insbesondere bei den internationalen Gebern einen zwiespältigen Eindruck: Hier sollte zwar ein deutlicher Sparkurs die laufenden Staatsausgaben reduzieren, die Unabhängigkeit der Nationalbank gewährleistet werden, das Wirtschaftswachstum von drei Prozent im Jahre 2001 auf sechs Prozent im Jahr 2006 steigen sowie ausländische

5) 50 Prozent der peruanischen Bevölkerung gelten nach internationalen Definitionen als arm, die Hälfte davon wiederum lebt in absoluter Armut.

Investoren zur Schaffung der genannten neuen Arbeitsplätze gewonnen werden (wie dies allerdings erfolgen sollte, blieb weitestgehend unbeantwortet). Doch gleichzeitig wollte García auch den internationalen Schuldendienst seines Landes um jährlich 350 Millionen US-Dollar reduzieren und eine generelle Diskussion mit den Gebern über die Auslandsschulden Perus initiieren, was insbesondere beim IWF alle Alarmglocken läuten ließ. Außerdem wurde zwar die Marktwirtschaft als solche nicht mehr in Frage gestellt, doch sollten einige bestimmte Aspekte wie beispielsweise die Endpreise für öffentliche Serviceleistungen reguliert werden. Ob dies gleichbedeutend gewesen wäre mit einer erneuten Verstaatlichung ehemals von Fujimori privatisierter Staatsbetriebe, blieb dahingestellt und bot der Wirtschaft Anlass für allerlei Spekulation. Daneben wollte die APRA wie nahezu alle anderen politischen Bewegungen auch die Dezentralisierung voranbringen und in den Bereichen Gesundheit, Schulwesen, Wohnungsbau, Arbeit und Frauenförderung die Zuständigkeit den Gebietskörperschaften übertragen. Zudem sah das Programm die Schaffung eines neuen „Produktions-Ministeriums“ vor, in das der Agrar- wie auch der Energiesektor, die Fischerei und die Industrie und nicht zuletzt der Bergbau integriert werden sollte, was einem neuen Superministerium gleichgekommen wäre. Wer das APRA-Programm genauer durchleuchtete, dem fielen auch subtilere Untertöne auf, die nicht unbedingt darauf schließen ließen, dass die APRA sich tatsächlich dem dritten Weg der Sozialdemokratie verschrieben habe. Hierfür sei nur die Ankündigung einer „Wechselkursparität zum Schutz der Exporte“ erwähnt, was immer dies konkret bedeuten sollte.

### *Regierungsprogramm Perú Posible*

Das Regierungsprogramm von Toledos Bewegung Perú Posible, das nach dem Wahlsieg vom 3. Juni einen völlig neuen Realbezug erhalten hat, sieht als wichtigste Zielsetzung ebenfalls die Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wirtschaftswachstum vor. Dies soll vor allem durch eine schnell umzusetzende Steuerreform erreicht werden, die das gesamte Wirtschaftsleben revitalisieren und so zur Erhöhung der Nachfrage von Arbeit, insbesondere

im Wohnungsbau, Tourismus, KMU- und Agrarsektor führen soll. Zudem will Toledo zwei neue Ministerien für Produktion und für Infrastruktur schaffen, die Verteidigungsausgaben verringern, die Wirtschaft entdollarisieren, die Mehrwertsteuer senken und die Exporte in den kommenden fünf Jahren um 100 Prozent steigern, um die negative Außenhandelsbilanz und den Schuldendienstdruck zu verringern. Die Dezentralisierung des extrem zentralistischen Staatwesens, die einen weiteren Schwerpunkt des Regierungsprogramms darstellt, soll durch verschiedene Maßnahmen vorangetrieben werden, so z.B. durch ein nationales Agrarprogramm für die wirtschaftliche Entwicklung der Provinzhauptstädte als regionaler Zentren und durch die Umschichtung der Verantwortlichkeiten und der dazugehörigen Budgets vom allmächtigen Präsidentschaftsministerium hin zu den kommunalen Gebietskörperschaften. Bis zum Jahr 2006 sollen 30 Prozent aller öffentlichen Ausgaben für Bildung und Gesundheit verwendet werden. Insbesondere sollen hier die abschreckend niedrigen Lehrergehälter deutlich erhöht und die verschiedenen bereits existierenden Ernährungsprogramme ausgebaut werden. Wie bei APRA gilt auch für Perú Posible, dass sein Regierungsprogramm einen ausgeglichenen Staatshaushalt ebenso anstrebt wie ein sauberes Justizsystem, Verwaltungsvereinfachungen, einen besseren Zugang zur Bildung und die Einführung flächendeckender sozialer Basisdienstleistungen. Es zeichnet sich durch die Auflistung der Zielsetzungen aus, lässt allerdings die viel entscheidenderen Fragen nach der Art und Weise der politischen Umsetzung weitgehend unbeantwortet. Immerhin hatten die in Peru ansässigen Wirtschaftsanalysten und ausländischen Investoren genau wie Wallstreet ihre Befriedigung über die Wahl Toledos unmittelbar nach Bekanntwerden des Ergebnisses zum Ausdruck gebracht. Man hoffe, so hieß es, auf die Verbesserung der Marktsituation Perus, die man dem Wirtschaftswissenschaftler Toledo offenbar eher zutraut als García. Dieser wurde – auch wenn er dies heftig dementierte – stets mit den Schlagworten „Enteignung“ und „Verstaatlichung“ in Verbindung gebracht, und für den Fall seines Sieges hatte die Wirtschaftselite Perus bereits ihren Massenexodus angedroht.

## ■ Die Kongresswahlen vom 8. April

Bei den ebenfalls am 8. April durchgeführten Wahlen zum 120 Sitze umfassenden Kongress traten auch Bewegungen und Parteien an, die keine eigenen Präsidentschaftskandidaten ins Rennen geschickt hatten. Das neu eingeführte Wahlkreissystem ersetzte das bis dato übliche System nationaler Listen und gewährleistete in dem stark zentralistisch geprägten Land erstmals eine zumindest quantitativ bessere Vertretung der Provinzen gegenüber der alles beherrschenden Metropole Lima. De facto hätten im alten System alle 120 Abgeordneten aus Lima stammen bzw. in Lima ansässig sein können. Das neue Wahlkreissystem teilt allen Provinzen eine bestimmte, von der Höhe der Einwohner abhängige Zahl an Kongresssitzen zu (Lima wird künftig von 35 Abgeordneten vertreten werden).

Am 21. Mai, also über sieben Wochen nach dem Wahltermin, veröffentlichte die oberste Wahlbehörde ONPE die amtlichen Endergebnisse der Wahlen zum Kongress. Insgesamt hatten 11 987 641 Wähler wie folgt gestimmt:<sup>6)</sup>

Partei/Bewegung	Stimmen	in %	Sitze
Unidad Nacional	1 304 037	13,84	17
Perú Posible	2 477 624	26,30	45
FIM	1 034 672	10,98	11
Somos Perú	544 193	5,78	4
APRA	1 857 416	19,71	28
Solución Popular	336 680	3,57	1
Cambio90/			
Nueva Mayoría	452 696	4,80	3
UPP	390 236	4,14	6
Acción Popular AP	393 433	4,18	3
Sonstige	630 722	6,70	2
Enthaltungen	1 352 780	0	
ungültig	1 213 152		

6) Die Ergebnisse können auch unter der Homepage der ONPE abgerufen werden: <http://onpe.gob.pe>.

Überraschend schnell präsentierte Alejandro Toledo bereits vier Tage nach der Stichwahl eine Koalition aus Perú Posible, FIM, Somos Perú, AP und dem Abgeordneten einer Regionalen Bewegung, die mit 64 Stimmen eine durchaus tragfähige Mehrheit darstellen könnte. Ihre Funktionsfähigkeit und ausreichende Adhäsionskraft muss diese Regierungsko-

- 7) Die neue fünfjährige Legislaturperiode beginnt laut Verfassung für den Kongress am 27. Juli und für den Präsidenten am 28. Juli – dem peruanischen Nationalfeiertag – eines Wahljahres.
- 8) In der 180-jährigen Geschichte des republikanischen Peru seit der Unabhängigkeit von Spanien im Jahre 1821 war die Wahl vom 8. April 2001 die 16., in der der Präsident und das Parlament gleichzeitig bestimmt wurden. Von den 33 Präsidenten, die Peru im 20. Jahrhundert regierten, wurden nur 14 durch Wahlen bestimmt, zehn putschen sich an die Macht und weitere vier wurden vom Kongress ernannt.

alition jedoch erst beweisen.<sup>7)</sup> Die breite Öffentlichkeit zumindest nahm von dieser teils recht erstaunlichen Koalitions-Konstellation kaum Notiz, denn die Geschehnisse des vergangenen Jahres haben deutlich gemacht, dass die Loyalitäten der einzelnen Abgeordneten gegenüber ihren jeweiligen Bewegungen äußerst brüchig sind. Dies lässt sich sehr leicht mit dem eher provisorischen Charakter der politischen Bewegungen in Peru erklären, die in vielen Fällen nichts anderes darstellen als den erweiterten Freundes- und Bekanntenkreis, der sich um eine mehr oder weniger schillernde Führungsfigur gruppiert. Politische Überzeugungen oder gar Wertvorstellungen spielen im Verhältnis zwischen dem einzelnen Mitglied (und damit auch dem einzelnen Kongresskandidaten) und seiner Bewegung eine untergeordnete, um nicht zu sagen, keine Rolle. Dieses Nicht-Verhältnis zwischen dem Abgeordneten und „seiner“ Bewegung ist ein erhebliches Manko des traditionellen Parteiensystems, wenn von einem solchen denn die Rede sein kann, und stellt auch in Zukunft eine mögliche Quelle politischer Instabilitäten dar.

### ■ Die peruanischen Präsidentschafts- und Kongresswahlen: Daten und Fakten

14 650 550 Peruaner waren in den beiden Wahlgängen<sup>8)</sup> dieses Jahres aufgerufen, ihre Stimmen für die Kandidaten zum Kongress und das Präsidentenamt abzugeben. In den 24 Departements, die unterteilt sind in 194 Provinzen, wurden insgesamt 91 697 Wahllokale eingerichtet, deren Ergebnisse in 58 Computerzentren der Obersten Wahlbehörde ONPE erfasst und verarbeitet wurden. Die Hauptstadt Lima stellte mit rund fünf Millionen Wahlberechtigten 33,9 Prozent der gesamten Wählerschaft Perus; es folgten von La Libertad (5,8 Prozent), Piura (5,5 Prozent), Arequipa (4,7 Prozent), Cajamarca (4,3 Prozent), Puno (4,2 Prozent), Lambayeque (4,1 Prozent) und Cusco (4,0 Prozent). Die geringe Zahl der Wahlberechtigten in den flächenmäßig größten Departements Perus, die sich in den Urwaldregionen des Landes befinden – Amazonas (1,1 Prozent), San Martin (2,1 Prozent), Madre de Dios (0,3 Prozent), Loreto (2,5 Prozent) und Ucayali (1,2 Prozent) – beruht nicht nur auf einer im Ver-

gleich zu den Metropolen geringeren Bevölkerungsdichte, sondern spiegelt auch die überproportionale politische Bedeutung der Zentrale Lima. Nicht erst seit dem Zentralismus eines Alberto Fujimori hat Lima magisch die Ärmsten aller Provinzen angezogen, die die Hoffnung hatten, in der Hauptstadt Arbeit und Wohlstand zu finden.

Während García in seiner Hochburg La Libertad erwartungsgemäß die meisten Stimmen erhielt (66,9 Prozent; Toledo: 23,7 Prozent), und auch die nördlich angrenzenden Küstendepartements Lambayeque (46,9 Prozent, Toledo: 42,2 Prozent), Piura (48,6 Prozent; Toledo: 39,1 Prozent), Tumbes (44,6 Prozent; Toledo: 40,7 Prozent) sowie Ica (50,5 Prozent, Toledo: 40,3 Prozent) und Callao (49,6 Prozent, Toledo: 38,2 Prozent) sich für den Expräsidenten entschieden, gewann Toledo in allen anderen Regionen souverän. Nicht überraschend bestätigte sich erneut, dass Toledo die Hoffnung insbesondere der Andenregion, seiner Heimat, ist. Cusco (61,4 Prozent, García: 28,5 Prozent), Huancaavelica (59,7 Prozent; García: 18,9 Prozent) und Ancash (53,8 Prozent; García: 35,5 Prozent) brachten ihm traumhafte Wahlergebnisse, die den vom Zentralismus vernachlässigten, abgelegenen Bergregionen verdienentermaßen das Interesse der Öffentlichkeit sicherten.<sup>9)</sup>

Im Ausland waren insgesamt 255 683 Peruaner zur Stimmabgabe aufgerufen, davon fast 100 000 in Nordamerika, rund 52 000 in Europa (die größte Gruppe in Spanien mit 12 212 Wählern) und rund 13 000 in Asien (vor allem in Japan mit 12 763 Wahlberechtigten). Der erste Wahlgang zeigte eine starke Präferenz der Auslandsperuaner für Lourdes Flores (Ergebnisse in Deutschland: Flores 47,79 Prozent; Toledo: 36,74 Prozent; García: 6,72 Prozent<sup>10)</sup>), in der Stichwahl wurde mehrheitlich – außer in Japan – für Toledo votiert. In Washington zeigte sich diese Tendenz besonders drastisch, denn 70 Prozent stimmten für den Kandidaten aus den Anden, während García nicht einmal 30 Prozent aller Stimmen auf sich vereinen konnte.<sup>11)</sup> Als Ausdruck des starken internationalen Interesses an den peruanischen Wahlen, insbesondere der Stichwahl kann die hohe Zahl der in Lima akkreditierten Journalisten gelten: 287 Korrespondenten, die alle bedeutenden globalen Medien-

9) Nicht zufällig plant Toledo eine publikumswirksame Inszenierung seiner Vereidigung als Staatspräsident vor der Kulisse des Tourismusmagneten Machu Picchu, der geheimnisvollen Inka-Stadt im subtropischen Hochland der Anden, die einerseits den Peruanern Toledos tiefe Verbundenheit mit der präkolumbischen Vergangenheit der Nation und andererseits der Weltöffentlichkeit einmal mehr die touristische Attraktivität Perus vor Augen führen soll.

10) Siehe Website der ONPE.

11) Auffällig war die insgesamt geringe Wahlbeteiligung, so etwa in Japan, wo nur 48 Prozent der rund 12 000 Wahlberechtigten von ihrem Stimmrecht Gebrauch machten. Die Motive hierfür lagen, so die Analysten, nicht unbedingt am fehlenden Interesse. Viele Auslandsperuaner arbeiten sonntags, leben weit entfernt von den Wahllokalen oder haben nicht die finanziellen Mittel, um Kinderbetreuung etc. an diesem Tag zu organisieren.

netzwerke wie CNN, BBC, CBS News und Associated Press vertraten, berichteten aus Peru.

### *Meinungsumfragen zur Kabinettsbildung*

Die neuesten Umfragen der renommierten Institute *Apoyo*, *Opinión* und *Mercado* signalisieren, dass auch ein triumphaler Wahlsieger wie Toledo keineswegs mit Vorschusslorbeeren rechnen kann. Zwar werden ihm sein Einsatz für die vom Erdbeben des 23. Juni erschütterten Provinzen und die Verhaftung des Fujimori-Geheimdienstchefs Montesinos in Venezuela zweifellos Punkte sichern, doch das peruanische Wahlvolk zeigt sich, enttäuscht von den oft nur rhetorischen Wahlversprechen eines Fujimori oder García, auch Toledo gegenüber erstaunlich skeptisch. So verlangt etwa die Mehrheit der Befragten, dass Toledo möglichst bald die Mitglieder seines Kabinetts benennen müsse.<sup>12)</sup> Nur 29 Prozent zeigen sich einverstanden mit Toledo, der um mindestens zwei Monate Zeit bat und bereits angekündigt hatte, dass möglicherweise Minister des Kabinetts Paniagua ihm zur Seite stehen werden. Das generelle Misstrauen gegenüber Politik, das in weiten Kreisen der peruanischen Öffentlichkeit herrscht, zeigt sich auch in der Forderung von 84 Prozent der Interviewten, dass Toledo auch andere politische Gruppierungen an seiner Regierung beteiligen müsse. Skepsis zeigt sich aber auch gegenüber García. Sein Angebot, das er noch am Wahlabend dem neugewählten Präsidenten unterbreitete – bedingungslos die Regierung Toledo unterstützen zu wollen – werten 74 Prozent der Befragten als reines politisches Kalkül.

Befragt nach den Motiven für ihre Wahl, begründen 28 Prozent ihr Votum damit, dass Toledo „gut ausgebildeter Wirtschaftswissenschaftler“ sei,<sup>13)</sup> 22 Prozent glauben, er habe „die Diktatur gestürzt“ und 18 Prozent bescheinigen ihm, er „identifiziere sich mit dem Volk“. 41 Prozent der befragten Sympathisanten Garcías stützen ihre Präferenz auf seine „Regierungserfahrung“, vertrauen darauf, dass er „Arbeitsplätze gebracht“ und (26 Prozent) „die Löhne erhöht hätte“. Auch die Stimmungslage zur aktuellen Regierung und zu dessen Vorgänger wurde abgefragt. Die Zufriedenheit mit dem Kabinett Paniagua drückt sich in deutlichen 80 Prozent Zustimmung aus; 86 Prozent halten dagegen Alberto

12) *El Comercio*, 18.6.1, S. a2.

13) Ebd.

Fujimori für korrupt und fordern, er müsse zur Verantwortung gezogen werden.<sup>14)</sup>

### *Kosten des Wahlkampfes*

Zurückhaltend waren die Parteien mit Angaben über Wahlkampfbudgets und Sponsoren. Bis zum 1. Mai hatten etwa Perú Posible und APRA lediglich Schätzungen über die von ihnen im ersten Wahlgang aufgewendeten Gelder abgegeben. Nach diesen lagen die Wahlkampfausgaben von Toledos Bewegung mit 3 971 509 Soles (etwa 1,12 Millionen US-Dollar) nur unwesentlich höher als die seines Herausforderers García mit 3 220 000 Soles (= 914 000 US-Dollar).<sup>15)</sup>

Immerhin regten sich gehörige Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Angaben, als die Nichtregierungsorganisation Transparencia Anfang Mai ihre Berechnung der mutmaßlichen Wahlkampfbudgets veröffentlichte. Allein basierend auf den gekauften Werbepätzen in Print- und elektronischen Medien dürfte Perú Posible rund 2,24 und APRA rund 1,7 Millionen US-Dollar ausgegeben haben.

Beide Gruppierungen gaben über ihre Geldgeber keine Auskunft, obwohl von Seiten der APRA eine offizielle Anfrage an die Oberste Wahlbehörde JNE gestellt worden war, diese Information von Perú Posible anzufordern. Gerüchte wurden gestreut, es gebe amerikanische Geldgeber jüdischen Glaubens. Im Falle der APRA tauchten Spekulationen über illegale Einkünfte Garcías während der Zeit seines Pariser Exils auf. Bis dato jedoch sind beide Bewegungen diese Informationen der Öffentlichkeit schuldig geblieben, obwohl sie durch das peruanische Wahlgesetz verpflichtet sind, zumindest ihre Ausgaben innerhalb von 60 Tagen nach der offiziellen Bekanntgabe der Wahlergebnisse offenzulegen. Zur Nennung ihrer Geldgeber allerdings kann laut Wahlgesetz, das noch in den Zeiten der Fujimori-Regierung in Kraft gesetzt wurde, keine politische Bewegung verpflichtet werden.

14) Dieser Forderung allerdings hat die japanische Regierung juristisch einen Riegel vorgeschoben, als sie im Juni offiziell erklärte, dass der frühere Staatspräsident Alberto Fujimori, der sich nach Tokio abgesetzt hatte, japanischer Staatsbürger sei, der nicht nach Peru ausgeliefert werde.

15) El Comercio, 1.5.1, S. a5.